



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

## Deutsche Wirtschaft wird weiter kräftig wachsen

Erster Jahreswirtschaftsbericht der neuen Regierung vorgestellt

**An diesem Donnerstag gab der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, seine erste Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2014 vor dem Parlament ab. Im Anschluss daran debattierte der Deutsche Bundestag die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung, wie sie das Kabinett einen Tag zuvor im Jahreswirtschaftsbericht 2014 beschlossen hatte.**

Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ bringt der Jahreswirtschaftsbericht sehr gut zum Ausdruck, welche Aspekte die Koalition in den kommenden vier Jahren besonders betonen wird. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger und guter Zusammenarbeit der Regierungspartner.

Die zentralen Ziele von CDU und CSU, nämlich der Haushaltsausgleich 2015 und die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch nationale Reformen, werden umfassend gewürdigt. Mit Blick auf den Mindestlohn strebt die Bundesregierung eine Ausgestaltung an, die keine Arbeitsplätze gefährdet. Das war und ist der Union immer besonders wichtig. Zudem werden wir bei den parlamentarischen Beratungen auf Ausnahmen für bestimmte Branchen und auch für Berufsanfänger dringen. Als Ergebnis des Mindestlohns darf nicht stehen, dass sich junge Menschen gegen eine schlechter bezahlte Berufsausbildung entscheiden. Dies würde ihre berufliche Zukunft gefährden.

Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2014. So erwartet die Bundesregierung im Zuge einer breit angelegten, stetigen Aufwärtsbewe-

gung ein Wirtschaftswachstum von rund 1,7 Prozent – nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Damit liegt das Wirtschaftswachstum in Deutschland abermals deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Die Erwerbstätigkeit steigt voraussichtlich um 240.000 Personen auf 42,1 Millionen an und steuert damit auf einen weiteren Rekordwert zu. Im Jahreswirtschaftsbericht heißt es daher: „Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind in guter Verfassung.“ Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sei hoch. Deutschland gilt inzwischen als ein Beispiel dafür, wie es gelingen kann, durch industrielle Wertschöpfung, Strukturreformen und Innovationspolitik sowohl Wettbewerbsfähigkeit als auch ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern. Der Arbeitsmarkt sei derzeit aufnahmefähig wie selten zuvor und eröffne Chancen auch für Menschen, die bisher noch nicht an dieser positiven Entwicklung teilhaben konnten. Sprecher der Union verwies in der Debatte im Bundestag darauf, dass die Zahl der älteren Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 Jahren um 13 Prozent gestiegen sei. Dies zeigt, dass ältere Menschen wieder den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden haben. Zugleich wurde die immer wieder erhobene Behauptung der Linken bestritten, dass es in Deutschland massenhaft prekäre Beschäftigung gebe. Nach den jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der alleinlebenden Vollzeitbeschäftigten, die ihr geringes Gehalt mit staatlicher Unterstützung „aufstocken“ müssen, deutlich geringer, als bislang geglaubt. Nur ca. 47.000 Beschäftigte (0,2 Prozent der Vollzeitbeschäftigten) zählen hierzu.

Die positive wirtschaftliche Einschätzung der Bundesregierung deckt sich mit der aus der Wirtschaft. So hat auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag seine Prognose für 2014 von 1,7 auf sogar zwei Prozent erhöht.

### **Oppositionsrechte werden umfassend gesichert**

Seit ihrer Wahlniederlage am 22. September klagen Linkspartei und Grüne über eine angeblich erdrückende Mehrheit der Koalition im Bundestag, die ihnen die Wahrnehmung der Oppositionsrechte unmöglich mache. In vielen Medien stoßen sie damit leider auf Zustimmung. Volker Kauder, Vorsitzender der Unionsfraktion, bemerkte dazu in dieser Woche sehr treffend: „Statt über die Folgen ihres schwachen Abschneidens bei den Bundestagswahlen zu klagen, sollten sich Linke und Grüne eher fragen, warum ihre inhaltlichen und politischen Angebote die Wähler so wenig überzeugt haben.“

Um die Diskussion um eine angeblich rechtlose Opposition zu beenden, legte die Koalition einen eigenen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Die Änderungen werden auf diese Wahlperiode beschränkt, denn vom Grundsatz her haben sich die bisherigen Regelungen in Sachen Minderheitenschutz bewährt. Immerhin verfügte bei der ersten Großen Koalition in den 60er Jahren die Opposition sogar nur über 9,9 Prozent der Sitze. Die FDP hat damals gezeigt, dass man mit genügend Selbstbewusstsein und auch ohne Sonderregelungen die Oppositionsrolle erfolgreich ausfüllen kann.

Ausgangspunkt sind die Vorschläge des Bundestagspräsidenten, der einen umfangreichen Katalog von Verbesserungen der Handlungsmöglichkeiten für die beiden Oppositionsfraktionen vorgeschlagen hatte. Sie können künftig die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen, die Einberufung des Bundestages oder die Durchführung von öffentlichen Anhörungen durchsetzen, auch wenn sie die Quoren dafür nicht erfüllen. Außerdem werden den Oppositionsfraktionen Redeanteile in den Plenardebatten eingeräumt, die bis zu 32 Prozent über ihrem aus dem Wahlergebnis abgeleiteten Anteil liegen. Rede und Gegenrede in der Debatte lassen sich hiermit hervorragend organisieren, wenn auch die kleinen Fraktionen die Chance zum Einsatz mehrerer Redner nutzen.

### **Ausschuss „Digitale Agenda“**

Erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages wird es einen ständigen Ausschuss geben, der sich mit Fragen der Netzwelt beschäftigt. Der Ausschuss mit dem Namen „Digitale Agenda“ wurde an diesem Donnerstag eingesetzt. Mit ihm wird eine parlamentarische Plattform geschaffen, auf der die

fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in allen Bereichen nicht nur begleitet, sondern auch mitgestaltet werden kann. Darüber hinaus hat der Ausschuss „Digitale Agenda“ die Aufgabe, alle mit der Netzwelt zusammenhängenden Themen – vom Breitbandausbau über intelligente Mobilität und Smart Grids (intelligentes Stromnetz) bis hin zu E-Health (Anwendungen elektronischer Geräte zur medizinischen Versorgung) – zu bündeln und mit eigenem Sachverstand zu unterstützen.

### **Reform der Abgeordnetenentschädigung**

Die Koalition hat ein Paket zur Weiterentwicklung der Rechtsstellung der Abgeordneten vorgelegt. Die Diäten der Abgeordneten sollen in zwei Schritten auf das bereits vor knapp 19 Jahren im Gesetz definierte Niveau angehoben, die Pensionsansprüche gekürzt, und die Straftatbestimmungen zur Bestechung von Abgeordneten erweitert werden.

Die Koalitionsfraktionen folgen mit der Reform der Empfehlung einer unabhängigen Kommission, die dem Bundestagspräsidenten im März vergangenen Jahres ihre Vorschläge vorgelegt hat. Die Kommission war von dem Grundsatz ausgegangen, dass ein Abgeordneter für die Zeit seines Mandats eine ausreichende Existenzgrundlage haben muss. Einzelheiten zu den Neuregelungen finden Sie auf der Internet-Seite der CDU/CSU-Fraktion unter

<http://www.cducsu.de/spezial/diaeten-altersentschaedigung-und-abgeordnetenbestechung>

### **„Pille danach“ muss rezeptpflichtig bleiben**

Zum Schutz der Gesundheit der betroffenen Frauen sprechen sich CDU und CSU im Deutschen Bundestag dafür aus, dass die „Pille danach“ auch weiterhin rezeptpflichtig bleibt. Dabei geht es nicht darum, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen einzuschränken, sondern um eine intensive Beratung zur bestmöglichen Behandlung im konkreten Einzelfall. Frauen, die befürchten, nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr schwanger geworden zu sein, brauchen eine kompetente Beratung. In einem vertraulichen Arztgespräch kann die für den Einzelfall beste Behandlung gefunden werden. Im Beratungsgespräch kann vorab z.B. geklärt werden, ob das Notfallkontrazeptivum überhaupt genommen werden muss und welches auf dem Markt befindliche Präparat gegebenenfalls geeignet ist. Eine Rezeptfreiheit ohne ärztliche Beratung wäre kontraproduktiv und der Gesundheit von Frauen nicht dienlich.